

Baden-Württemberg

## Ideen zu Open Government

**[23.11.2018] Ideen für Open Government haben Vertreter aus Bürgerschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung in Baden-Württemberg auf einem MeetUp entwickelt. Die Vorschläge sollen an die Landesregierung übergeben werden und in den Nationalen Aktionsplan Open Data einfließen.**

Wie kann Open Government helfen, gemeinsam mit der Regierung die Zukunft zu gestalten? Und welche Maßnahmen und Projekte sollten dafür angestoßen werden? Darum ging es beim MeetUp Anfang November 2018, zu dem sich rund 40 baden-württembergische Vertreter aus Bürgerschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung trafen, um derartige Projekte zu entwickeln und Vorschläge zu Selbstverpflichtungen auszuarbeiten. Diese werden an die Landesregierung Baden-Württemberg zur Einreichung in den zweiten Nationalen Aktionsplan Open Data der Bundesregierung übergeben. Eingeladen hatte der Arbeitskreis Open Government Partnership Baden-Württemberg gemeinsam mit der AG Open Government des Städtetags Baden-Württemberg.

Wie der Arbeitskreis mitteilt, entstanden als erste Entwürfe Vorschläge wie beispielsweise das Fördern von Open-Gov-Laboren für die kokreative Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung. Zu den Ideen zählten darüber hinaus ein Open-Government-Pakt zwischen Kommunen, die Stärkung der Erforschung sozialer Innovation im Zusammenhang mit Smart Cities sowie ein beherztes Vorgehen beim Thema Open Data.

Jörn von Lucke, Professor an der Zeppelin Universität Friedrichshafen und Gründungsdirektor des Open Government Institute, erklärt: „Der zweite Nationale Aktionsplan ist eine schöne Gelegenheit, Open-Government-Aktivitäten in Baden-Württemberg nachhaltig zu verankern und die Landkarte des Open Government mit innovativen Projekten zu bereichern.“ Oliver Rack, Initiator des Arbeitskreises Open Government Partnership Baden-Württemberg, ergänzt: „Die zusammengetragenen Vorschläge übertreffen meine Erwartungen.“

Deutschland nimmt seit Dezember 2016 an der Open Government Partnership teil und beginnt im Januar 2019 den zweiten Nationalen Aktionsplan zu entwickeln. Hierfür seien auch Länder und Kommunen aufgerufen, bis Juni 2019 Verpflichtungen einzureichen ([wir berichteten](#)).

(ba)

Stichwörter: Open Government, Baden-Württemberg, Open Data, Open Government Partnership